

## Blessures à la tête suite à des violences

Le service des urgences à l'Hôpital de l'Île à Berne a enregistré une hausse d'un tiers du nombre de patients admis avec des blessures à la tête suite à des bagarres. Ce phénomène traduit la violence aveugle des agresseurs qui frappent délibérément leur victime à la tête. 81% de tous les blessés livrés à l'Hôpital de l'Île en 2007 après des rixes présentaient des blessures à la tête. Ce taux était de 60% l'année précédente, a indiqué l'établissement. Le nombre de fractures de l'os du visage a doublé. Les graves blessures à la tête entraînent souvent des séquelles irréversibles ou même le décès de la victime, a indiqué sur les ondes de DRS 4 News Aristomenis Exadaktylos, chef des urgences à l'hôpital bernois. Les cas sont en outre devenus plus graves et les traitements plus onéreux. L'établissement bernois mène depuis 2001 une étude statistique sur les patients admis avec des blessures liées à des actes violents. Entre 2001 et 2006, la part de personnes présentant de telles blessures a augmenté de près de 60%. L'Hôpital de l'Île entend examiner les circonstances qui mènent à ces bagarres violentes. Dès maintenant, les victimes seront interrogées le plus rapidement par des médecins et des psychologues. L'étude menée à Berne ne fait pas de distinction entre victimes et agresseurs: pour l'hôpital, il n'existe que des patients qui ont besoin de soins, a poursuivi M. Exadaktylos. Parmi eux, 60% détiennent le passeport helvétique.

(ats)

## Österreich: Wartelisten als Symptom

Angesichts der aktuellen Debatte über Korruption im Gesundheitswesen hat die Bundeskurie angestellte Ärzte zu grösserer Sorgfalt im Umgang mit dem strafrechtlich relevanten Begriff Korruption gemahnt. Derzeit würden in der Diskussion mehrere Aspekte unzulässig miteinander vermischt, kritisierte der Obmann der Bundeskurie, Harald Mayer, in einer Aussendung am Freitag. Die Bundeskurie spreche sich entschieden gegen eine Besserbehandlung von Patienten gegen Zahlung von Schwarzgeld aus und verfolge wie die gesamte ÖÄK eine «Null-Toleranz-Politik» gegenüber schwarzen Schafen. «Es ist aber sachlich abwegig und in höchstem Masse unehrlich, die gesundheitspolitisch gewollte und juristisch legale höhere Servicequalität und freie Arztwahl von privatversicherten Patienten in die Nähe von Korruption zu rücken», kritisierte Mayer. Auch die in verschiedenen Fächern existente Wartelistenproblematik habe an sich nichts mit Korruption zu tun, sondern sei Folge der seitens der Poli-

tik zugelassenen künstlichen Verknappung, mangelnder Ressourcen und schlechter Planung der gesundheitspolitisch Zuständigen in Bund und Ländern.

Die Bundeskurie macht darauf aufmerksam, dass Österreich laut der Organisation Transparency International im internationalen Vergleich hinsichtlich der Korruption im Gesundheitswesen gut abschneidet und dass es derzeit in den Spitälern keine Unterschiede in der medizinischen Versorgung der Patientinnen und Patienten nach Stand und Finanzkraft gibt. «Wie die Organisation feststellt, gibt es in Österreich keine Bevorzugung oder Benachteiligung von Patienten bei Akuteingriffen. Wir sprechen uns allerdings entschieden gegen die in verschiedenen Fächern existierenden Wartelisten bei Wahleingriffen aus und fordern die gesundheitspolitisch Verant-

## Kardinal warnt vor ökonomischer Medizin

Der Mainzer Kardinal Karl Lehmann hat vor einem ökonomisch orientierten Gesundheitssystem gewarnt. «Es darf nicht geschehen, dass die Behandlung nur auf das medizinisch Notwendige eingeschränkt wird», forderte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz auf dem 32. Interdisziplinären Forum der Bundesärztekammer in Berlin. Auch wenn es schematisierende und quantifizierende Abrechnungsmuster und andere Systeme der medizinischen und bürokratischen Erfassung von Erkrankungen und erkrankten Menschen gebe, so dürfe niemand bloss ein «Fall» bleiben. «Es liegt nicht nur ein Blinddarm im Bett, sondern ein ganzer Mensch», sagte Lehmann. Der Kardinal kritisierte auch «die tag-



Besserbehandlung von Patienten gegen Zahlung von Schwarzgeld? Korruption im Gesundheitswesen? Null-Toleranz-Politik in Österreich.

wortlichen auf, diese eklatanten Missstände durch Zufuhr ausreichender Finanzmittel abzustellen», mahnte Mayer.

Verträge mit privaten Krankenversicherungen sicherten Patienten im übrigen «auf vollkommen legaler Basis» freie Arztwahl und eine bessere Service- und Hotelkomponente auch im öffentlichen Spital zu. «Das ist ähnlich wie im Flug- oder öffentlichen Bahnverkehr, wo auch eine bessere Servicekomponente über einen höheren Preis erwirkt werden kann», erklärte Mayer. Die Aufnahme privat versicherter Patienten sei in den öffentlichen Spitälern sehr erwünscht und werde von den Trägern gefördert: Bis zu 25 Prozent der Betten seien für Sonderklassepatienten reserviert. Dies bewirkt, dass die Aufnahme von Sonderklassepatienten für die Krankenanstaltenträger ein wesentlicher Bestandteil ihrer wirtschaftlichen Kalkulation ist.

(ÖÄK)

täglichen Auseinandersetzungen und ständig wechselnden Strategien in der Gesundheitspolitik». Sie verhinderten innovative Wege, um einerseits Mängel zu beseitigen und andererseits Nöten der Menschen, die krank seien, kreativ zu begegnen. «Der Markt regelt nicht alles, wie manche auch für den Gesundheitsbereich annehmen wollen», sagte Lehmann. Sparmassnahmen wie Budgetbegrenzungen und Personalabbau dürften ein humanes Mass nicht unterschreiten. Bürokratische Erfordernisse in der Medizin müssten immer wieder auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. «Sie dürfen nicht so überhandnehmen, dass menschliche Begegnungen, Zeit für ein Gespräch zu kurz kommen oder gar ein schlechtes Gewissen verursachen», betonte Lehmann.

(Der Kassenarzt)